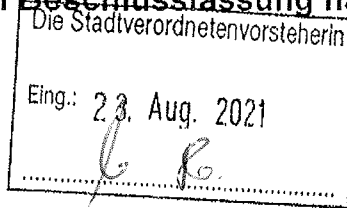
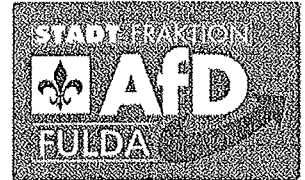


Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion zur unmittelbaren Beschlussfassung nach §13 I GO



AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 38002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

19.08.2021

Willkommenskultur für Kinder

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt zur SVV am 20.09.2021 unmittelbar wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda

- beauftragt den Magistrat

- I. finanziellen und beruflichen Unsicherheiten werdender Mütter durch Hilfsangebote und -leistungen entgegenzutreten, auf bereits existierende Leistungen öffentlichkeitswirksamer hinzuweisen und diesbezüglich entsprechende Vorschläge zu erarbeiten und bis Jahresende der SVV zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen;
- II. die Hilfskapazitäten für Frauen in Notsituationen, insbesondere von Müttern mit Kindern, bedarfsgerecht aufzustocken;
- III. Gutscheine für Kinder und Jugendliche zwecks Beitragsübernahme für Mitgliedschaften in Fuldaer Vereinen bis Ende 2022 auszustellen.

Begründung:

I.

Vom 1. Januar bis zum 19. April 2021 starben weltweit 1.183.519 Menschen an oder mit Corona, 2.438.864 Menschen an Krebs und 3.321.140 Menschen an Hunger. Die größte Todesursache im genannten Zeitraum war jedoch für 12.653.458 Menschen eine Abtreibung [Quelle siehe Anlage].

Dabei hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits klargestellt, dass das Menschsein beginnt, sobald ein Vorgang in Gang gesetzt wurde – hier die Befruchtung einer Eizelle - an dessen Ende ein vollentwickelter Mensch entstehen kann.

Auch in Deutschland sind finanzielle und berufliche Unsicherheiten für jede dritte Frau ein Grund zum Schwangerschaftsabbruch. Von knapp 100.000 Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland im Jahren waren lediglich 3,6% medizinisch oder kriminologisch indiziert.

Die Angst vor fehlender Absicherung könnte für werdende Mütter durch entsprechende Hilfsangebote, wie z.B. einem „kommunalen Willkommensbonus für Neugeborene für den Start ins Leben“, „kommunales Elterngeld“ o.ä. genommen werden, indem die Heimatstadt das Gefühl von Sicherheit vermittelt und aktiv unterstützt.

Jede zweite Frau in Berufsausbildung bricht die Schwangerschaft ab. Betreuungsangebote, flexible Arbeitszeitregelungen und Arbeit im heimischen Büro könnten hier in Verbindung mit finanzieller Unterstützung ebenfalls Abhilfe schaffen.

Jede fünfte Frau in Deutschland wird überdies von ihrem Vorgesetzten zu einer Abtreibung ermuntert¹. Verträge werden nicht verlängert, Gehaltserhöhungen auf Eis gelegt, mitunter Kündigungen auf den Weg gebracht. Hier muss in der kleinsten Zelle der Verwaltung – der Gemeinde – gegengesteuert werden.

Zum Beispiel könnte man den Firmen, die vor Ort Betreuungsangebote für Kinder einrichten wollen, auf bürokratischer und finanzieller Ebene entgegenkommen.

Bezüglich der Betreuung von Klein- und Kindergartenkindern muss klar sein, dass mehr Angebote entstehen müssen, die flexibel und kostengünstig eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung sicherstellen, wo diese notwendig ist (z.B. bei Müttern und Vätern in Schichtdienst oder mit mehreren Arbeitsstellen).

Vor dem Hintergrund der erheblichen Ausgaben seitens des Staates während der Corona-Krise, sollte das Engagement zum Schutz ungeborenen Lebens eine deutliche Förderung erfahren. Die hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen macht deutlich, wie sehr dies auch heute noch notwendig ist.

Frauen sollen dabei nicht in ihrer Entscheidung bevormundet werden, jedoch sollen sie so viel Hilfe erhalten, dass sie sich im Zweifelsfall für Ihr Kind entscheiden können. Eine echte Wahlfreiheit bedeutet nämlich, nicht die Kostengründe entscheiden zu lassen!

Hierzu soll der Magistrat realisierbare Vorschläge erarbeiten und der SVV zur weiteren Abstimmung vorlegen.

II.

Im Jahr 2020 lebten 36 verschiedene Frauen im Fuldaer Frauenhaus. Gleichzeitig musste man 60 Anfragen wegen Vollbelegung ablehnen (siehe Antwort des Magistrats auf eine kleine Anfrage der AfD/Bündnis-C Fraktion vom 30.06.2021).

Neben der Aufstockung der Kapazitäten des Fuldaer Frauenhauses, z.B. durch die Einbindung weiterer Immobilien und der Suche nach zusätzlichen Kooperationspartnern, sollte auch eine Auszugsperspektive, insbesondere für Mütter mit Kindern, aus dem Frauenhaus in bezahlbare Wohnungen verbessert werden. Die neuerschlossenen Grundstücke (SVV 05.07.2021) könnten hierzu Möglichkeiten bieten. Gerade Kinder brauchen nach solch traumatischen Zeiten einen Rückzugsort und die Möglichkeit, sich ein selbstbestimmtes Leben als Familie aufzubauen.

Im Zuge der Corona-Zwangmaßnahmen kam es auch zu einem Anstieg häuslicher Gewalt. Kinder sind stumme Zeugen, nicht selten auch Opfer, gewalttätiger Erwachsener. Durch Anmietung und Bereitstellung von Hotelzimmern könnte man bei zukünftigen Lockdowns das Konfliktpotential temporär durch eine räumliche Trennung herabsetzen. Gleichzeitig kann so

¹ Diskriminierung von Frauen: „Mein Chef hat mich zum Abtreiben ermuntert“ – WELT – abrufbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/plus232980275/Diskriminierung-von-Frauen-Mein-Chef-hat-mich-zum-Abtreiben-ermuntert.html>

einem geschäftlichen Totalausfall der Hoteliers begegnet werden, die bereits mehrfach bedingt durch Corona-Zwangmaßnahmen ihren Betrieb nahezu haben einstellen müssen.

III.

Während der vergangenen 18 Monate haben gerade Kinder erheblich unter den Corona-Zwangmaßnahmen gelitten. Über die Förderung von Mitgliedschaften in Vereinen kann ein erfolgversprechender Versuch gestartet werden, diese Zeit möglichst schnell hinter sich zu lassen, Kontakte zu knüpfen und neue Freundschaften zu schließen. Gleichzeitig wird auch das Vereinsleben gefördert, welches ebenfalls erheblich mit den gesellschaftlichen Einschränkungen zu kämpfen hatte.

Eine Mitgliedschaft in Sportvereinen könnte besonders gefördert werden, da Kinder und Jugendliche bereits vor den Lockdowns unter Bewegungsmangel litten und dieses Problem durch die Heimbeschulung ganz erheblich verschärft wurde. Darüber hinaus fördert Sport eine gesunde Lebensweise und stärkt das Immunsystem.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely

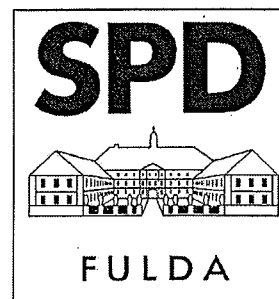
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stadtverordnetenfraktion Fulda



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
06.09.2021

28

A N T R A G

Die SPD-Fraktion beantragt,

ein Kinder- und Jugendparlament in der Stadt Fulda einzurichten.

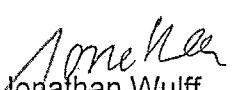
Begründung:

In der Stadt Fulda leben 12.259 Kinder und Jugendliche. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 18,21 %. Zur Wahrnehmung der politischen Interessen sowie Belange dieser Altersgruppe bedarf es eines Kinder- und Jugendparlamentes.

Es ist wichtig, dass wir der jungen Generation frühzeitig eine Gelegenheit bieten, sich in das kommunalpolitische Geschehen mit einzubeziehen. Somit können die Kinder und Jugendlichen gegenüber der Verwaltung selbstständig Vorschläge zur Verbesserung der Situation äußern und ihre eigene Zukunft mitgestalten. Kinder und Jugendliche mit Interesse an der Politik können sich durch dieses Format ausprobieren und Erfahrungen sammeln. Zugleich wird das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl geweckt und gefördert.

Hessenweit bestehen bereits zahlreiche Jugendparlamente, unter anderem in Wiesebaden, Offenbach, Eichenzell oder im Vogelsbergkreis, die erfolgreich funktionieren und als Vorbild fungieren können. Das in Fulda einzurichtende Kinder- und Jugendparlament sollte über ein Antrags- und Rederecht in städtischen Gremien verfügen, um den Jugendlichen tatsächlich Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Mit der Errichtung eines Jugendparlamentes gehen wir auf die Kinder und Jugendlichen zu und sensibilisieren diese Altersgruppe für demokratische Zwecke und politische Themen.


Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Eric Wettels

Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Internet:
<http://www.spd-fulda.de>

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda IBAN
DE11 5305 0180 0040 0127 04

Die Stadtverordnetenvorsteherin



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Eing.: 7. Sep. 2021

M. R.

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr.1 36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
Kto Nr. 400 27 438

Tel.: 0661 54580

E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss

36037 Fulda

29

Fulda, 06.09.2021

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion
betreffend neu entwickelte Plakette für kulturelle, touristische und projektbezogene
Informationen

ANTRAG

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt, dass die mit dem Beirat der Menschen mit Behinderungen entwickelte Informationsplakette konsequent in Jahrestrenchen an relevanten Objekten in der Stadt angebracht wird.

Begründung:

Mit dem Antrag sollen die Bemühungen des Magistrats und des Beirats um digitale und barrierefreie „Informationen für alle“ unterstützt werden.

Berichterstatterin: Margarete Hartmann

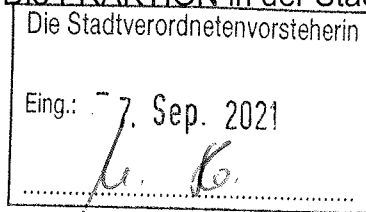
Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende

i.A. Steffen Werner
Fraktionsassistent

DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 07.09.2021

Antrag
SVV 20.09.2021



Stadtentwicklung neu denken

Beschlussvorschlag

Ein neues Nutzungskonzept und ggf. eine bauliche Umgestaltung der „Kerber“-Immobilie werden unter einer intensiven und echten Beteiligung (über eine Beteiligungsform à la „Zukunftswerkstatt“ hinausgehend) der Menschen dieser Stadt geplant.

Begründung

Eine Beteiligungsform analog der „Zukunftswerkstatt“ ist lediglich eine Art Brainstorming – ein guter Anfang, doch dieses Format ist bei Weitem nicht ausreichend, wenn eine echte Beteiligung für dieses zentrale Projekt der Stadtentwicklung angestrebt wird.

Die Antwort auf die Anfrage „Keine durch Investor*innen bestimmte Stadtentwicklung“ (Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2021) lässt befürchten, dass bisher kein echtes Beteiligungsformat erwogen wird. In der Antwort heißt es: „Über die ‚Zukunftswerkstatt‘ konnten Bürgerinnen und Bürger bereits ihre Vorstellungen aktiv einbringen. Im Falle eines tatsächlichen Erwerbs ist ein ähnliches Format erneut denkbar.“



Ute Riebold

DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021

M. Riebold

Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 07.09.2021

Antrag
SVV 20.09.2021

37

Dauerrot im Trockenen aussitzen – Ampeloffice in der Bahnhofstraße

Beschlussvorschlag

Direkt an den Lichtsignalanlagen im Bereich der Bahnhofstraße werden überdachte Bänke und Spielgeräte aufgestellt.

Begründung

Die Umgestaltung der Bahnhofstraße in eine Fußgängerzone ist sehr gut. Sehr gut ist auch, dass die Strecke für Zufußgehende durch die Umstellung der Ampelphasen nunmehr wesentlich länger dauert, sie sich also länger an der gesunden frischen Luft aufhalten müssen. Die Grünphasen für Fußgänger*innen sind deutlich kürzer als vor der Umstellung, zum Ausgleich sind die Rotphasen deutlich länger. Das hat den Effekt, dass sich die Autofahrer*innen, die die Bahnhofstraße auf der Rabanusstraße, Lindenstraße oder Heinrichstraße überqueren, über deutlich längere Grünphasen und kürzere Rotphasen freuen dürfen.

Überdachte Sitzgelegenheiten und Spielgeräte ersparen den Menschen ohne Karosserie das im Regen stehen. Wenn an diesen Ampeln auch Windeln und WLAN zur Verfügung gestellt würden, könnte die Wartezeit sinnvoll genutzt werden. Fulda wäre damit Vorreiterin beim Ampeloffice und würde familienfreundlich.

Ute Riebold
Ute Riebold

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021

.....
.....

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda



„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.09.2021

Natürlich. Fulda

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

den Magistrat damit zu beauftragen,

- 1. ein schlüssiges Konzept zur Flächenentsiegelung, Stadtbegrünung und Vermeidung von Starkregenfolgen z.B nach einem „Sponge City“-Konzept zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Befassung vorzulegen.*
- 2. einen Fachkundigen für Stadthydrologie in zukünftige Bauplanungen mit einzubinden.*

Begründung:

Die diesjährigen Starkregenergebnisse zeigen, dass das bisherige Konzept an seine Grenzen stößt, wenn Niederschläge durch die umfangreich versiegelten Flächen einfach über die Kanalisation aus der Stadt geleitet werden sollen. Es entstanden urbane Hochwasserlagen, in Zeiten mit starker Sonneneinstrahlung entstehen entsprechend urbane Hitzeinseln.

Mit dem Konzept Schwammstadt (Sponge City) soll Regenwasser dort zwischengespeichert werden, wo es fällt. Umwelttechnische und landschaftsarchitektonische Infrastruktur dafür sind etwa versickerungsfähige Verkehrsflächen und Pflaster, Mulden, Rigolen, urbane Grünflächen. Aber auch über Elemente wie Bäume, Fassaden- und Dachbegrünung kann ein Teil des Wassers verdunsten und so zur Kühlung der Stadt beitragen. Ein weiterer Teil kann versickern. Somit wird das Kanalnetz entlastet.

Eine repräsentative Forsa-Studie der BGL-Initiative „Grün in die Stadt“ zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit städtischen Grünflächen ergab: Die überwiegende Mehrheit wünschte sich

Ende Februar 2021 mehr Freianlagen, mehr Parks und Aufenthaltsflächen in den Innenstädten. Die Bedeutung von öffentlichen Grünanlagen hat seit dem ersten Lockdown zugenommen.¹

Die Attraktivität der Innenstadt kann durch urbane Begrünung und Oberflächenentsiegelung gesteigert werden. Gerade ältere Menschen profitieren von der Reduzierung von urbanen Hitzeinseln.

Die Umsetzung entsprechender urbaner Begrünungs- und Schwammstadt-Konzepte ist aktuell auch durch diverse Förderprogramme begünstigt, für welche sich die Stadt Fulda aktuell noch bewerben kann.

Stadthydrologie muss aber auch zunehmend in die Stadtplanung einfließen. Offensichtliche Planungsfehler der Vergangenheit zeigen sich am Beispiel des Hauptbahnhofs. Die versiegelten Flächen bilden auf beiden Eingangsseiten einen Trichter für einfließendes Starkregenwasser, weshalb der Bereich entsprechend häufig bereits überflutet war.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -



Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

¹ <https://www.gruen-in-die-stadt.de/informieren/vorteile-von-stadtgruen/urbanes-gruen-ist-sehnsuchtsort-fuer-buerger-und-chance-fuer-sterbende-innenstaedte>

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021

[Handwritten signature]

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.09.2021

Gegen Genderzwang – für die deutsche Grammatik

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen jedwede Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aus, die die Verwendung von sog. gendergerechter Sprache ablehnen.*
- 2. Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat verwenden in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache. Sowohl für die Stadtverordnetenversammlung wie auch den Magistrat gelten die deutsche Grammatik und die amtliche deutsche Rechtschreibung.*
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass Sprache eines der wichtigsten Ausdrucksmittel ist und dadurch die Kultur eines Landes prägt. Eine Überfrachtung der Menschen mittels der Einführung neuer Sprachregeln im Kontext einer von ideologischen Partikularinteressen geleiteten gesellschaftlich geforderten Neujustierung, führt durch die dadurch verursachte Verunsicherung der Menschen zu mehr kulturellen Konflikten. Gerade Gender-Sprache grenzt weiter aus.*
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung stellt in dem Zusammenhang ausdrücklich fest, dass der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung uneingeschränkt gültig ist.*

Begründung:

Derzeit wird versucht über die öffentlichen Medien aber auch über Behörden, Hochschulen, Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen sowohl „gendergerechte“ Schreib- als auch Sprechweise durchzusetzen.

Neben der klassischen Ansprache von „Mann“ und „Frau“ soll z.B. ein Doppelpunkt darstellen, dass angeblich noch andere Geschlechteridentitäten existieren, die mit einer solchen Ansprache nicht mehr diskriminiert werden würden.

Außerdem kommt es zu einer Neu-Kreation von Begriffen wie „zu-Fuß-Gehende“, „Fahrrad-Fahrende“, „Lehrende“, „lesefähiger Mensch“, „Bagger bedienende Person“ oder „beruflich schneidernde Person“.

Für die AfD/Bündnis-C Fraktion gilt, dass Sprache zusammenführen und einen soll. Sprache darf nicht ausgrenzen. Dem Gender-Zwang und der grammatikalisch falschen Gender-Sprache treten wir so entschlossen entgegen. Das Weltbild, welches der Gender-Sprache zugrunde liegt, sieht die Gesellschaft nicht als Ganzes, sondern teilt sie in Gruppen nach Geschlechtern, sexueller Orientierung und anderen Merkmalen ein. Diese Einteilung und die damit verbundene Abgrenzung durch die Gender-Sprache schaffen ein indoktrinäres Gesellschaftsbild, welches unsere Fraktion für unvertretbar hält.

Auch der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband spricht sich gegen die Gender-Sprache aus, da diese blinde und sehbehinderte Menschen ausgrenzt. Gleiches gilt für Nicht-Muttersprachler, denen der Sprach- und Schrifterwerb durch Gender-Sprache deutlich erschwert wird.

Die sog. Gendersprache widerstrebt auch dem Ansatz der „einfachen Sprache“ auch „Bürgernahe Sprache“ genannt. Im Feld der Bürgerbeteiligung gilt die Nutzung von „Bürgernahe Sprache“ ausdrücklich als wesentliche Grundlage für die erfolgreiche und breite Einbeziehung verschiedener Gruppen.¹ So gehört Bürgernahe Sprache mittlerweile zu den unverzichtbaren Fähigkeiten, die eine öffentliche Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben beherrschen müsse.²

Der „Rat für deutsche Rechtschreibung“ hat die Aufnahme von Asterisk („Gender-Sternchen“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder ähnlichen Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen in das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung ausdrücklich abgelehnt. Auf dessen Empfehlungen beruht die amtliche Rechtschreibung in Deutschland.

Im privaten Raum kann jeder schreiben und sprechen, wie er möchte. Jedoch droht eine links-ideologische Vereinnahmung der Sprache, wenn in staatlichen Einrichtungen ohne jegliche Grundlage und Legitimation ein häufig orthografisch und grammatikalisch falscher Stil herrscht und in der offiziellen Kommunikation verwendet wird. Diesem Vorgang stellt sich die AfD/Bündnis-C Fraktion entschieden entgegen.

Für die AfD/Bündnis C-Fraktion ist die Förderung von Gleichberechtigung ein wichtiges politisches Anliegen. Gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit und andere tatsächliche und konkrete Themen der Gleichberechtigung müssen thematisiert werden. Eine ideologische Gängelung der Bürger mit angeblich „gendergerechten“ Wortkreationen spaltet die Gesellschaft weiter und wirkt der Gleichberechtigung sogar entgegen. Auch eine Berücksichtigung der historischen und gewachsenen Sprachentwicklung wird durch die Gender-Sprache ignoriert.

Hinzu kommt, dass auch Jahre nach der Änderung des Personenstandsrecht um einen weiteren Geschlechtereintrag nach einer kleinen Anfrage der AfD/Bündnis-C Fraktion (siehe

¹ Nils Jonas: *Beziehungweise Bürgerbeteiligung. Gute Beteiligung fußt auf einem gelingenden Miteinander*. In: *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung*. Nr. 03, 2018, S. 5

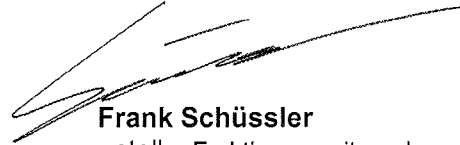
² Anna Renkamp: *Vom Besserwissen zum Bessermachen – wie Infrastrukturbeteiligung gelingt*. In: *Einwurf. Zukunft der Demokratie*. Nr. 01, 2015, S. 7

Anlage) in Fulda keine einzige Person mit dem Geschlechtsmerkmal „divers“ gemeldet ist und damit bislang sogar vollkommen ausgeschlossen ist, dass man bei der regulären Ansprache nach „Mann“ und „Frau“ tatsächlich auch nur eine einzige Person wirklich ausgrenzt.

Mit freundlichen Grüßen

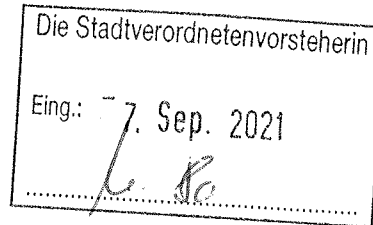

Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Artur Gilbert (Stadtverordneter)

artur.gilbert.stavo@afd-fulda.de

34

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Berichterstatter

ARTUR GILBERT

Datum

07.09.2021

Extremismus-Prävention/-Bekämpfung

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

Die Erweiterung des Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie oder die Schaffung eines gleichwertigen Gremiums mit dem Schwerpunkt „Extremismus-Prävention/-Bekämpfung“

Begründung:

Die Stadt Fulda verfügt über den sog. „Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie“. Dieser soll die Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit und für Vielfalt, Toleranz und Demokratieförderung unterstützen.

Tatsächlich empfand eine breite Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in der vergangenen Sitzung vom 05. Juli 2021, dass Fulda kein Rassismusproblem habe.

In der Beantwortung einer kleinen Anfrage der AfD/Bündnis-C Fraktion vom 03.08.2021 (Anlage1) erklärte der Bürgermeister außerdem, man verwehre sich gegen die Aussage der Fraktionsvorsitzenden von „Die Partei.Die Linke“ Nuha Sharif Ali:

„Staatliche Behörden – inklusive der Ordnungsbehörde Fulda – standen nie auf unserer Seite! Sie stützen das strukturell rassistische und ausbeuterische System, in dem wir leben und mit dem wir als Betroffene ständig zu kämpfen haben.“ Quelle: <https://www.facebook.com/nuha.sharifali.3/posts/954237778686014> (Anlage 2)

Der Schwerpunkt auf Rechtsextremismusbekämpfung wird der politischen Realität in der Stadt Fulda nicht gerecht. Fulda hat kein Rechtsextremismusproblem.

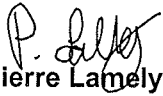
Tatsächlich gibt es aber eine Zunahme von politisch motivierten Taten, wie sie vor allem anhand von Plakaterstörungen auch im Straßenbild offensichtlich werden. Hauptgeschädigte ist hier die AfD.

Die ermittelten Täter sind oftmals sehr jung (Berufsschul-/ Studentenalter)

Darüber hinaus unbehandelt sind die Themenfelder Linksextremismus sowie religiöser Extremismus, insbesondere fundamental-islamischer Extremismus.

Zur Demokratieförderung ist es nach Auffassung unserer Fraktion daher notwendig, dass man jegliche Form von Extremismus thematisiert. Dies kommt aktuell zu kurz, weshalb unser Antrag geboten ist.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -



Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021

[Handwritten signature]

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

35

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.09.2021

Plakatwahlkampf der Zukunft

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

den Magistrat damit zu beauftragen,

ein schlüssiges Konzept für den fairen Plakatwahlkampf der Zukunft zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Befassung vorzulegen.

Begründung:

Für die Plakatierungsgenehmigung zur Bundestagswahl erhielt die AfD erstmals am 03.08.21 Kenntnis davon, dass die Holzanschlagtafeln in diesem Wahlkampf aufgrund der Vielzahl der antretenden Parteien nicht zur Verfügung stünden, die Plakatierung ab dem 14.08.2021 beginnen könne und pro Laternenmast nur zwei Plakate aufgehängt werden sollen (entsprechend einer Vorder- und Rückseite).

In den darauffolgenden „Auflagen“ der schriftlichen Plakatierungsgenehmigung, wurde ein maßvoller Einsatz der Plakate an die Parteien angetragen.

In der Nacht vom 13. auf den 14. August war unter anderem die CDU mit mehreren Teams in Fulda im Einsatz. Dabei wurden an zahlreichen Masten, auch aufeinanderfolgend, die Plakate des CDU-Direktkandidaten Michael Brand platziert.

Mittlerweile hängen an vielen Straßenmasten entgegen der Genehmigung mehr als zwei Plakate. Wer zuerst hing und wer in Folge abhängen müsste, lässt sich wohl schwer ermitteln, weshalb das Ordnungsamt machtlos scheint und die diesjährige Plakatierungsaufgabe der Stadt Fulda als realitätsfern, praxisuntauglich und insgesamt gescheitert betrachtet werden kann.

Abhilfe kann hier zukünftig ein digitaler Straßenwahlkampf schaffen, bei dem die Stadt digitale Werbeflächen einrichtet. Diese werden nach einem fairen Schlüssel allen Bewerbern zur

Verfügung gestellt (z.B. wechselnde Einblendung nach Zeitablauf). Abseits des Wahlkampfs können die Werbetafeln zudem für Veranstaltungen werben.

Generell könnten dann Plakate in der Fuldaer Innenstadt der Vergangenheit angehören. Dies würde zum einen Abfall vermeiden und Ressourcen schonen, zum anderen würden sich die Bewerber auch erhebliche Kosten und Aufwand für Herstellung und Befestigung der Plakate sparen.

Gleichzeitig würde man ein harmonisches Straßenbild bewahren und dem Plakatwildwuchs entgegenwirken.

Eine weitere Alternative wäre eine zielgerichtete und faire Zuordnung von Aufhängeflächen in der Fuldaer Innenstadt, bei der Partei „X“ an Laternenmast „Y“ in Strasse „Z“ jeweils eine alleinige Plakatierungsgenehmigung erhält.

— Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| info@gruene-fulda.de

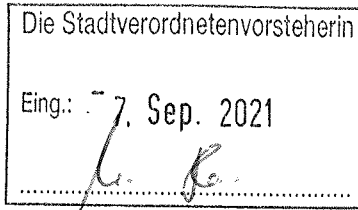
| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021



Fulda, 02.09.2021



Antrag „Bienenstadt Fulda“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Fulda ist Barockstadt, Bonifatiusstadt, Musicalstadt und Sternenstadt. Mit der 2023 in Fulda stattfindenden Landesgartenschau bietet sich die Gelegenheit, Fulda auch zur „Bienenstadt“ zu machen.

Bienenstädte gibt es bereits, zu nennen sind beispielsweise die Städte Braunschweig, Hohen Neuendorf/Brandenburg, Illertissen, Osnabrück und Dresden. Jede dieser Städte hat eigene Wege gefunden, den Titel „Bienenstadt“ mit Leben zu erfüllen (es gibt noch kein offizielles Anforderungsprofil). Weitere Städte entwickeln aktuell Konzepte, um Bienenstädte zu werden.

Der Titel „Bienenstadt Fulda“ ist dabei nicht als wohlfeiler Namenszusatz gemeint, sondern will durch nachhaltige Prinzipien den Schutz und die Angebote für bedrohte Wildbienen, Bienen und andere Insekten erhöhen. Gleichzeitig wird so ein Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas geleistet:

- Optimierung des wunderbar-üppigen städtischen Blumenschmucks im Hinblick auf seine Bienen-Tauglichkeit,
- Schaffung von Blühstreifen auch in der Stadt,
- Erhöhung des bienengerechten Grünanteils auf Dächern und an Fassaden,
- Entwicklung von Fuldaer Blümmischungen, die auf die Bedürfnisse bestimmter Wildbienenarten zugeschnitten sind,
- Beteiligung der Fuldaer Bürger/innen.

Die Voraussetzungen sind hervorragend, denn

- 1) mit Hessens erstem Umweltzentrum steht ein überaus kompetenter Partner bereit. Im letzten Jahr wurde der Vereinszweck bereits im Sinne der Nachhaltigkeit erweitert, denn in Fulda sollen die 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, auf die sich die Weltgemeinschaft im Zuge der AGENDA 2030 (<https://www.bmz.de/de/agenda-2030>) geeinigt hat, in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden. Eine dieser Maßnahmen könnte die „Bienenstadt“ sein.
- 2) das Fuldaer Umweltzentrum hat mit dem „Fliegenden Klassenzimmer“ bereits beste Bienen-Erfahrungen gemacht und wäre der prädestinierte Partner für die Bienenstadt.

Gemeinsam mit dem Umweltzentrum sollen zunächst die Fuldaer Anforderungen für das Prädikat „Bienenstadt“ erarbeitet werden. Die Angebote an die Fuldaer Bürger/innen sollen beinhalten (Ausgestaltung im Rahmen des mit dem Umweltzentrum zu erarbeitenden Bienenstadt-Profiles):

- Intensivkurs Bienenparadies
- Erwerb eines „Bienen-Diploms“
- Überreichung Plakette „Fuldaer Bienenkönig/in“ nach der Anlage eines bienenfreundlichen Gartens oder der Umsetzung entsprechender Maßnahmen in der Stadt
- Aktion „Grüne Dächer, grüne Höfe“
- Aktion Optimierung Fuldaer Blumenschmuck in puncto Bienenfreundlichkeit
- Aktions-Etiketten „Fuldaer Bienenkönig/in“ für alle, die auch Bienenkörbe aufstellen wollen

Begründung

Wer etwas für Bienen tut, schafft eine win-win-Situation. Wir wissen, wie gefährdet Bienen sind, weil sie aus ihren natürlichen Lebensräumen sukzessive vertrieben werden. Gerade die Städte können neue Refugien bieten. Wer sich bewusst macht, dass Bienen ca. 80% unserer Kulturpflanzen bestäuben, versteht, dass ohne Bienen die menschliche Ernährung sehr viel einseitiger und ungesünder ausfallen würde.

Maßnahmen für Bienen sind aber gleichzeitig auch Maßnahmen für Menschen.

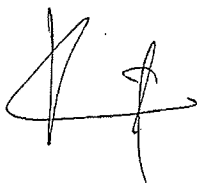
Blumenschmuck erfreut das Auge und die Seele, mehr Grün verbessert das Stadtklima und kann gerade im Sommer Hitzetemperaturen erträglicher machen.

Kurzum: Die „Bienenstadt“ Fulda kann mittelfristig in Sachen Nachhaltigkeit, Tourismus und Wirtschaft ähnliche Bedeutung erlangen wie die „Sternenstadt“. Sie zeigt auch, dass Nachhaltigkeit fälschlich nur mit Verzicht und Verbot konnotiert wird. Nachhaltigkeit ist genauso Naturerleben pur, selbst gestalten, und mehr Wissen erlangen. Also eine moderne Variante von „Unsere Stadt soll schöner werden“.

Diese Aktion kann im Vor- und Umfeld der Landesgartenschau 2023 angesiedelt und beworben werden.

- Kompetenz: Mit dem Umweltzentrum ist eine renommierte Fuldaer Institution eingebunden.
- Mitmachen: Die Aktion vermittelt allen, selbst etwas für die Landesgartenschau tun zu können.
- Aufatmen: Mehr blühendes, bienenfreundliches Grün in der Stadt steigert die Lebensqualität für alle.

Jutta Hamberger



Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| info@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 7. Sep. 2021



Fulda, 06.09.2021

36037 Fulda



Antrag zur Bewerbung der Meldeplattform Radverkehr

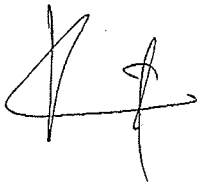
Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die umfassende, d.h. digitale wie analoge, Bewerbung der Meldeplattform Radverkehr.

Begründung:

Mit der Meldeplattform Radverkehr besteht eine überzeugende digitale Plattform, über die Bürger*innen Wünsche und Mängel in Bezug zur Rad-Infrastruktur an die zuständigen Behörden herantragen können. Leider ist diese Plattform bei vielen Radfahrer*innen noch unbekannt. Auf Grund dessen beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Werbekampagne im digitalen und analogen Raum, um auf die Plattform aufmerksam zu machen. So könnten beispielsweise QR-Codes mit Kurzbeschreibungen an den Radwegen aufgehängt werden, über welche die Plattform direkt aufgerufen und genutzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen,



Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

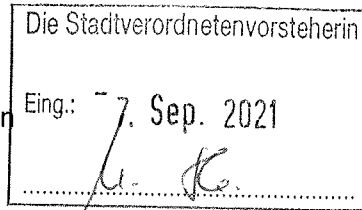
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| info@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 05.08.2021



Antrag Mülltrennsystem bei öffentlichen Abfalleimern zur Landesgartenschau 2023

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Stadtfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt die Erstellung eines Projekt-Konzeptes für ein Mülltrennsystem bei öffentlichen Abfalleimern im Rahmen der Landesgartenschau 2023 in Fulda.

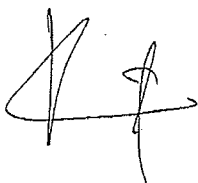
Begründung:

Die aktuelle Situation der in der Stadt verteilten dunkelgrünen öffentlichen Abfalleimer lässt größtenteils keine Mülltrennung zu und verhindert somit die freiwilligen Bemühungen der Bürger*innen der Stadt Fulda und ihrer Gäste zum Umweltschutz.

Durch die einfache Erweiterung der bisher bestehenden Restmüll-Abfalleimer um weitere Behältnisse für Pappe/Papier, Glas, Plastik und Pfandflaschen mit entsprechender Kennzeichnung wird die Mülltrennung befördert und schließlich eine bessere Recyclingquote der entstandenen Abfälle gewährleistet.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Landesgartenschau 2023 und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel kann die Stadt Fulda im Rahmen eines Projektes erproben, wie gut die Mülltrennung auch im öffentlichen Bereich funktioniert. Fulda kann so eine Vorbildfunktion gegenüber anderen Städten einnehmen und ein weiteres Zeichen für Umweltschutz setzen.

Lukas Voigt



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda